



## Antrag

der Abgeordneten des SSW

### **Sonderzahlung statt Weihnachtsgeld – Angebot der Beschäftigten annehmen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, entsprechend des Angebotes des Deutschen Beamtenbundes im Rahmen eines Stufenmodells jedem Beamten eine jährliche Sonderzahlung in Höhe von 1.000 Euro zu zahlen.

Begründung:

Über mehrere Jahre mussten die Beamtinnen und Beamten des Landes ganz oder teilweise aufgrund eines politischen Beschlusses auf ihr Weihnachtsgeld verzichten. Wenn es wirtschaftlich besser geht, sollte das Weihnachtsgeld wieder eingeführt werden, so das Versprechen der Politik. Da es in den letzten Jahren immer wieder Haushalte mit Rekordeinnahmen gegeben hat, wäre es an der Zeit gewesen, dieses Versprechen einzulösen. Das ist bisher nicht geschehen. Im Gegenteil, bisher hat die Landesregierung nur eine völlig unzureichende Besoldungsstrukturreform für den Zeitraum von 2021 bis 2025 angekündigt, die nicht im Entferntesten einen Ausgleich für die Verluste der Beschäftigten bedeuten würde.

Jetzt hat der Beamtenbund einen Vorschlag gemacht, mit dem die Forderung nach dem Weihnachtsgeld endgültig ad acta gelegt werden könnte. Bisher heißt die Forderung vollständiges Weihnachtsgeld für alle, was jährliche Ausgaben in Höhe von zirka 147 Millionen Euro bedeuten würde. Das Angebot des Beamtenbundes heißt nun, 1.000 Euro für alle, was nur zirka 48 Millionen Euro jährliche Kosten bedeuten würde. Der Beamtenbund wäre sogar bereit, diese Forderung im Rahmen

eines Stufenmodells über drei Jahre zu strecken, wenn schon in 2020 mit dem Einstieg in dieses Modell begonnen würde.

Lars Harms

und die Abgeordneten des SSW